

BAföG statt Bomben!

BAföG statt Bomben!

BAföG statt Bomben!

BAföG statt Bomben?

Was hat BAföG mit Bomben zu tun?

Seit Jahrzehnten weist die Friedensbewegung darauf hin, welche riesige Verschwendung von wirtschaftlichen Ressourcen und menschlichen Kapazitäten Militarisierung ist. Das ist in der aktuellen BAföG-Diskussion ganz konkret, denn was die Bundesregierung mit Ansage macht, ist:

Bomben statt BAföG, oder insgesamt: Bomben statt Bildung

Und außerdem: Bildung für Bomben.

1) Zu „Bomben statt Bildung“

a) Beim Streit um den Bundeshaushalt kann man täglich in den Nachrichten verfolgen, dass überall gespart wird außer beim Militär. Da wird dann wiederum schon eine etwas geringere Erhöhung des Bundeswehr-Etats als vom Minister verlangt, in der Presse oft schon als Niederlage dargestellt.

b) Was heißt das im Bildungsbereich konkret?

Das Stark-Watzingersche Bildungsministerium, zu dem noch mehr zu sagen sein wird, und die EU-Kommission haben ihre allgemeinen Mittel für Hochschulen, sog. Drittmittel, um fast 20% gekürzt. Gleichzeitig sind – in geringerem Maße – Forschungsprogramme mit explizit militärischem Charakter aufgelegt worden.

20% Kürzungen sind ne ganze Menge, dennoch gab es kaum Protest, weil das Prinzip der sog. Drittmittel nicht ist, dass man Geld hat, das einem weggenommen wird, sondern dass man sich für jedes Häppchen neu bewirbt und bei Kürzungen sind dann halt weniger Bewerbungen erfolgreich. Dennoch wurde auch bei denen gekürzt, deren Bewerbungen erfolgreich waren. Unter der Überschrift „höhere Eigenengagement der Hochschulen und mehr Transparenz“ müssen die Hochschulen künftig einen größeren Anteil der Projekte selbst zahlen und haben so komplizierte Abrechnungsregelungen bekommen, dass sie voraussichtlich einen großen Teil der ihnen zustehenden Mittel gar nicht abrechnen können. Ich mache in Köln Physik und da haben das die Kolleg*innen mal ausgerechnet: Nur das „höhere Eigenengagement und die höhere Transparenz“ kosten die Kölner Physik – je nach dem, wie gut es gelingt, Gelder zu schieben, um die neuen Abrechnungsrichtlinien irgendwie einzuhalten – 1,5 bis 3 Millionen Euro im Jahr. Das sind 27 bis 54 Stellen bzw. 36 bis 72 Menschen, denn fast niemand hat eine volle Stelle. – Wenn die Zahl der genehmigten Projekte trotz bundesweit rückläufiger Anzahl an Projekten hier gleich hoch bliebe.

c) Und natürlich BAföG. Dazu wurde schon eine Menge gesagt.

Jedenfalls hatte sich die Ampelkoalition im Koalitionsvertrag auf eine grundsätzliche Reform verständigt, die die langjährigen Forderungen der Studierendenbewegung aufgreifen sollte. Insbesondere sollte das Problem gelöst werden, dass nur rund 15% der Studis BAföG bekommen und mehr als 30% akut von Armut bedroht sind. Explizit mit Verweis auf die Zeitenwende ist dabei nun noch nicht einmal ein Inflationsausgleich heraus gekommen.

2) Zu „Bildung für Bomben“

a) Derzeit diskutiert die EU ein sog. Whitepaper, in dem es darum geht, wie die EU-Forschungsgelder demnächst ausgegeben werden sollen. Zentraler Punkt: Dual Use. Künftig sollen auch bei Forschungsprojekten, die nicht explizit militärisch sind, militärische Anwendungen immer mit bedacht werden müssen. Rein zivile EU-Forschungsprojekte soll es dann nach dem Willen von Ursula von der Leyen nur noch in Ausnahmefällen geben. Das erklärte Ziel: Sämtliche kriegsrelevante Technologie in der EU selbst zu haben, ohne riesige Mengen Geld dafür ausgeben zu müssen. So soll die EU künftig besser Wirtschaftskriege führen können, ohne befürchten zu müssen, dass sie dadurch militärisch angreifbar wird, weil sie von militärisch relevanten Technologien abgeschnitten wird.

b) Bayern hat jüngst ein Gesetz beschlossen, in dem es heißt:

„Die Schulen arbeiten mit den Jugendoffizieren der Bundeswehr im Rahmen der politischen Bildung zusammen. Die Karriereberater der Bundeswehr und Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben dürfen im Rahmen schulischer Veranstaltungen zur beruflichen Orientierung über Berufs- und Einsatzmöglichkeiten in ihrem Bereich informieren.“

Und weiter:

„Die Hochschulen sollen mit Einrichtungen der Bundeswehr zusammenarbeiten. Sie haben mit ihnen zusammenzuarbeiten, wenn und soweit das Staatsministerium auf Antrag der Bundeswehr feststellt, dass dies im Interesse der nationalen Sicherheit erforderlich ist.“

„Erzielte Forschungsergebnisse dürfen auch für militärische Zwecke der Bundesrepublik Deutschland oder der NATO-Bündnispartner genutzt werden. Eine Beschränkung der Forschung auf zivile Nutzungen (Zivilklausel) ist unzulässig.“

Im Gegensatz zum EU-Whitepaper geht es hier nicht nur darum, dass dem Militär bestimmte Kompetenzen zur Verfügung gestellt werden, sondern vor allem um den Kampf um die Köpfe. „Kriegstüchtigkeit“ beziehen Pistorius und die CSU ja auch explizit nicht nur aufs Heer, sondern auf die Gesellschaft insgesamt. Die deutsche Gesellschaft ist trotz Zeitenwende noch immer friedensbewegt und das hat zuletzt auch wieder leise zugenommen. Das ist ein Problem für die Kriegstreiber*innen und ein Anknüpfungspunkt für uns.

c) Letztes Schlaglicht zum Thema: Das neue Programm des Stark-Watzingerschen Bundesbildungsministerium. Ganz explizit geht es darum, dass die Wissenschaft ihre internationalistische und kritische Tradierung verlässt und zur Ausführungsgehilfin der jeweiligen Geopolitik der Bundesregierung werden soll. Dabei stehen allgemeine Maßstäbe wie die UN-Sustainability Goals im Weg. Deshalb soll „die Aktualität von Zivilklauseln geprüft“ werden, wissenschaftliche Kooperationen sollen im Lichte der Zeitenwende geopolitisch passend neu ausgerichtet und nach dem Vorbild Israels und der USA ein zivil-militärisches wissenschaftliches Ökosystem geschaffen werden.

Soweit so schlecht. Und was machen wir?

Deutlich wird überall: Sie können ihre Militarisierung und ihre Kriege nicht ohne uns machen. – Trotz Drohnen & Co.; das gilt besonders auch für die Kriegsvorbereitung – materiell wie in den Köpfen.

„Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin.“ Dieser alte Slogan ist also wieder aktuell.

Mehr noch: „Stell dir vor, es ist Krieg und keiner arbeitet zu.“ Und: „Stell dir vor, es ist Krieg und keiner bezahlt.“

Müssen wir uns nicht nur vorstellen, dafür können wir auch kämpfen. Und genau das ist einer der zentralen Punkte der Auseinandersetzung um Zivilklauseln, um die Selbstverpflichtung von Institutionen, nicht für den Krieg zu arbeiten, sondern für den Frieden. Diesen Kampf führen wir an den Hochschulen, aber inzwischen weitet er sich aus: Auf Häfen, Banken, Schulen usw.

Aber: Kommt dann nicht Putin und überrollt uns?

Dazu muss man viel sagen, ich gebe 5 Schlaglichter.

1) KIZ singt:

„Na klar sind wir für Frieden, doch erst müssen wir
gewinn'n (ey)

Los, nehmt meine Steuern, denn wir brauchen neue
Kampfjets

Wir knöpfen dich auf, wenn du feige Sau verhandelst
Fick mal nicht mein'n Kopf und versuch, Feinde zu
verstehen

Bist du Teil der Lösung oder Teil unsres Problems?

Echte Männer haben keine Angst vor 'nem Atomschlag
Echte Männer fahren mit dem Panzer ein paar Donuts
Ein paar bei uns sind Nazis, aber lass mal dein Gejammer
Denn jeder Werkzeugkasten braucht ein'n Hammer“

Zunächst einmal ist festzuhalten: Mittelstreckenraketen,
FCAS und fast alle anderen aktuellen militärischen
Großprojekte sind für Verteidigung ungeeignet, sondern
dienen dem „Gewinnen“.

2) Wenn Linke und Mitte auf Kriegskurs sind, gewinnt überall die Rechte. – Von AfD bis Putin.

Wenn Orbán und Erdoğan verhandeln und die AfD gegen bestimmte Waffenlieferungen ist, steht das nicht im Widerspruch zu dieser These:

- Das sagt ja nichts dazu, was die Linke jeweils tut.
- Die Rechten wollen nicht weniger Militarisierung und Krieg, sondern Krieg in anderen Konstellationen.

3) Der ukrainische Präsident verlangt nach Waffen. Die Lage ist verzweifelt. Gerade deshalb ist zu fragen: Worum geht es eigentlich und wem nützt die aktuelle Dynamik?

- Wer hat etwas davon, wenn GB ihr Waffen aus abgereichertem Uran liefert, mit denen sie ihr eigenes Land vielleicht zurück erobern kann, es aber gleichzeitig für Jahrzehnte unbewohnbar macht? Ist das im Interesse der ukrainischen Bevölkerung?
- Ist es im Interesse der Bevölkerung in Gaza und Israel, dass immer mehr Waffen in die Region geliefert werden?
- Nützt die aktuelle Militarisierung den 1000 Menschen, die täglich in der Ukraine sterben?
- Nützt sie den Millionen Menschen, die auf der Flucht sind vor Krieg und Klimawandel? Die Ukraine hat seit 2022 1/3 ihrer Bevölkerung verloren. Wem nützt es, wenn hier diskutiert wird, wie man ukrainische Kriegsdienstverweigerer zwingen kann in die Ukraine zurück zu kehren und Hessen auch gleich Fakten schafft? Was haben diese Menschen von der Politik des ukrainischen Präsidenten?

- Was ist in einem Jahr noch übrig vom Nahen Osten und von der Ukraine? Vom Land, aber vor allem von den Menschen?

4) Klar ist nur eins: Neben den Rechten profitiert vor allem der militärisch-industrielle Komplex und wird überall zu einem immer mächtigeren Akteur. – Und dies zu verhindern ist eine unserer zentralen Aufgaben!

5) Geht man von dem aus, der mit am meisten Angst vor Putin macht – Pistorius – haben wir noch mindestens bis 2029 Zeit, bevor Putin in Bonn steht.

Das sind 5 Jahre, um eine friedliche, diplomatische Lösung zu entwickeln – da hat die UNO ja auch schon angefangen – und ihre Realisierung zu erstreiten.

Wenn wir verhindern, dass der Krieg bis dahin eskaliert und wir die Rahmenbedingungen für Aufklärungs- und Bildungsarbeit erstreiten, die darauf gerichtet ist.

Deshalb: BAföG statt Bomben!